

Elias Mößner  
Zeppelinstraße 16  
79241 Ihringen  
Telefon: 07668 952636  
Mobil: 0151 11551242  
Email: elias.moessner@hotmail.de

An das:

**Landesschiedsgericht des Landesverbandes der  
Alternative für Deutschland - Baden-Württemberg**  
RA Dubravko Mandić  
Kaiser-Joseph-Straße 273  
79098 Freiburg

Ihringen, den 30.10.2013

**00561/13 RAM / M**  
**Parteiausschluss, Suspendierung**  
**Stellungnahme**

#### ***A. Zur Dringlichkeit***

Das Gericht irrt, wenn es von einer Dringlichkeit ausgeht. Gemäß § 8 IV der Bundessatzung der Alternative für Deutschland dürfen die Mitgliedschaftsrechte nur in "dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern" entzogen werden. Der Landesvorstand hat weder in seinem Anschreiben noch unter Ziffer 3 seines Ausschlussantrags auch nur ein Wort darüber verloren, ob die Tatbestandsvoraussetzungen des § 8 IV erfüllt sind.

#### **1. Darum stelle ich den Antrag, dass das Schiedsgericht die Suspendierung sofort aufhebt.**

Es ist einer demokratischen Partei nicht würdig, dass der Landesvorstand in willkürlicher Weise nach eigenem Gutdünken Mitgliedern ihre Rechte entzieht. Gegen ein solches Willkürregime ohne jede Achtung vor dem Recht – v.a. der Bundessatzung - hat das Schiedsgericht umgehend einzuschreiten.

Vielmehr hat das Schiedsgericht nach § 8 IV 3 der Bundessatzung die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme zu prüfen und diese im Falle der Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen für die Suspendierung zu bestätigen. Hier aber ordnet sich das Gericht den willkürlichen Repressionen des Landesvorstands ohne jegliche juristische Prüfung unter und nimmt diese ohne jegliche rechtliche Begründung beschlossene Suspendierung sogar zum Anlass das Verfahren gemäß des „Beschleunigungsgrundsatzes“ schneller anzutreiben.

Dabei ist nicht ein Grund ersichtlich, weshalb mein Parteiausschluss ein „dringender und schwerwiegender Fall sein sollte, der sofortiges Eingreifen erfordert“. Der Antragsteller ist hier in der Beweispflicht und dieser nicht nachgekommen. Das Gericht hätte die Suspendierung schon von Amts wegen aufgrund offensichtlicher Unbegründetheit aufheben müssen, statt diese sogar zum Anlass zu nehmen mir durch Zeitdruck meine juristische Verteidigung zu erschweren.

#### ***B. Vorrangige Erledigung des Verfahrens 00426/13 RAM / M***

Der Landesvorstand beruft sich vor allem auf etwaige „Beleidigungen“, die Beschreitung des Rechtswegs wegen der Landesparteitage und vermeintlich falschen Behauptungen. Diese Fragen

können aber nur juristisch gewürdigt werden, wenn das Landesschiedsgericht im noch laufenden Verfahren 00426/13 klärt, ob meine rechtlichen Einwände gegen den Karlsruher Gründungsparteitag **begründet** waren. Das Schiedsgericht entscheidet hierbei ob meine „Behauptungen“ tatsächlich falsch waren. Bestätigt das Gericht meine Rechtsauffassungen hat dies unmittelbare Auswirkungen, ob meine Äußerungen von §§ 185ff. StGB erfasst sind und die Begründungen des Antragstellers für den Parteiausschluss nicht völlig unsubstantiiert sind. Das Schiedsgericht handelt aber gerade verkehrt herum. Statt das zeitlich schon viel länger anhängige Verfahren zu Karlsruhe zu beenden und sich danach meinem Parteiausschluss zu widmen, setzt es das Verfahren 00426/13 einfach aus und zieht das Ausschlussverfahren vor, obwohl es keinen Grund zu Eile gibt. Damit bricht es erneut das fair-trial-Prinzip zu meinen Lasten.

**2. Daher stelle ich den Antrag, das Ausschlussverfahren auszusetzen und stattdessen das Verfahren 00426/13 wieder aufzunehmen und dessen Urteil abzuwarten bevor das Ausschlussverfahren wieder aufgenommen wird.**

### ***C. Schlussbemerkung***

Falls das Gericht dennoch meint das Verfahren (im Eilwege) durchführen zu müssen, verweise ich auf meine Stellungnahme an den Landesvorstand vom 17.10.2013. Es ist davon auszugehen, dass das Gericht fähig ist, die sarkastischen Ausführungen von den juristischen Argumenten zu trennen und meine rechtlichen Einwände zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Elias Mößner